



### Beitragsfreie Kindergärten

## Darmstadt traut sich nicht

Bei den OB-Wahlkämpfen in Kassel und Darmstadt treten zwei Kandidaten mit der Forderung nach beitragsfreien Kindergartenplätzen in Erscheinung. Ist es in Kassel der SPD-Kandidat Bertram Hilgen, der die Forderung nach Nulltarif im Kindergarten erhebt, so fordert dies in Darmstadt Wolfgang Gehrke von der CDU.

Unsere Fraktion findet diese Forderung gut. Nicht nur weil sie schon Bestandteil in unserem Kommunalwahlprogramm aus dem Jahre 2001 war. Sondern weil es ein Schritt in die richtige Richtung ist. Der Kindergarten als

on und eine hohe Qualität der Bildung angewiesen ist. Gerade für Familien aus sozial benachteiligten Familien ist dies wichtig.

Allerdings scheint dieses berechnete Anliegen im OB-Wahlkampf gerade von der Darmstädter CDU nur populistisch und keineswegs ernst gemeint zu sein. Wie anders ist zu erklären, wenn der CDU-Kandidat in der Lokalpresse erklärt, die CDU-Fraktion würde keinen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung einbringen. Gehrke am 04.11.2004 in diesem Pressebericht: „Dieser Antrag



**Rainer Keil,**  
Stadtverordneter der PDS-DKP/OL  
Vorsitzender der DKP Darmstadt

*Liebe Darmstädter Mitbürgerinnen und Mitbürger,*

*In der Stadtverordnetenversammlung am 16.12.2004 wurde der Doppelhaushalt 2005/2006 von der Mehrheit im Parlament beschlossen.*

*Dieser Haushalt war, kaum zu Papier gebracht, schon Makulatur. Weder die geplanten Kürzungen noch die Auswirkungen der unsozialen Hartz IV-„Reform“ sind eingearbeitet oder berücksichtigt.*

*Darmstadt weist im Verwaltungshaushalt eine Deckungslücke vom 100 Millionen Euro aus. Obwohl die Lage ernst ist hält die Koalition aus SPD und Bündnisgrünen an ihren Prestigeobjekten fest: Wissenschafts- und Kongresszentrum für geplante 77 Millionen Euro (die realen Kosten schätzen wir auf über 100 Millionen Euro, ganz zu schweigen von den erheblichen Kosten für die Unterhaltung). Projekte wie die geplante Nordostumgehung oder die Offenlegung des Darmbachs werden weitere Millionen verschlingen.*

*Auf der anderen Seite werden wichtige Projekte wie die Schulbausanierung auf*

*weiter auf Seite 8...*

### Der „Parallel“-Antrag

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

**Die Stadt Darmstadt realisiert in einem 4-Jahresprogramm die beitragsfreie Betreuung von Kindern zwischen drei und sechs Jahren in städtischen Kindergärten.**

### Antrag der PDS/DKP Fraktion

soziale Einrichtung gleicht herkunftsbedingte Unterschiede aus, erhöht die Bildungschancen von Kindern aus benachteiligten Familien, bereitet Jungen und Mädchen auf die Schule vor und ermöglicht es berufstätigen Eltern, mit ihrer Arbeitskraft und dem daraus resultierenden Steueraufkommen zur Finanzierung des Gemeinwesens beizutragen. Je mehr Kinder den Kindergarten besuchen, desto besser ist das für eine Gesellschaft, die auf Integri-

würde sowieso abgelehnt."

Nachdem unsere Fraktion schon im Dezember 2004 einen solchen Antrag eingebracht hatte sah sich auch die CDU genötigt nachzuziehen. Ende Januar reichte sie einen Antrag ein, der neben der Forderung nach beitragsfreien Kindergärten noch mit zahlreichen anderen Forderungen von preiswertem Bauland bis zur Aufforderung, für ein Leben mit Kindern zu werben, garniert war.

Die Debatte im Stadtparlament

Fortsetzung auf Seite 2...

### Aus dem Inhalt:

675 Jahre Darmstadt	- - - -	S.2
Hartz IV und die Stadt DA	- -	S.3
Gebäudeabriss Lichtenbergstr.	S.4	
Konrad Weigel	- - - - -	S.6
Cross-Border-Leasing	- - -	S.7

...Fortsetzung von S.1 "beitragsfreie Kindergärten"

war dementsprechend. Sie führte am Kern der Sache vorbei, man redete über vieles, die eigentliche Forderung wurde zur Nebensache.

Ihr Herz für die sozial Schwachen entdeckte plötzlich die SPD. Beitragsfreie Kindergärten würden auch den „Reichen“ (MdL Michael Siebel) zu gute kommen. Hätte man sich nur bei der Einführung von Hartz IV die gleichen Gedanken gemacht!

Unser Antrag, in der Presse fälschlicherweise als „Parallelantrag“ titulierte, wurde ebenso abgelehnt wie der CDU-Antrag. Interessanterweise stimmte auch die CDU gegen unseren Antrag, obwohl er im wesentlichen die gleiche Forderung enthielt.

## 675 Jahre Darmstadt

### Wann beendet der Magistrat seinen Winterschlaf und macht sich an seine Hausaufgaben?

**Am 23. Juli 2005 wird es 675 Jahre her sein, dass Darmstadt die Stadtrechte verliehen bekam, genügend Zeit also, sich gründlich auf dieses Jubiläum vorzubereiten.**

**Die Fraktion PDS/DKP-Offene Liste muss allerdings feststellen, dass die diesbezüglichen Bemühungen des Magistrats dem Anlass wenig gerecht werden. Der Veranstaltungsplan, der seit Monaten den Bürgerinnen und Bürgern angeboten wird, ist dürftig und konzeptionslos. Das Geschichtsbild, das aus dem Faltblatt des Magistrats hervorgeht, ist einseitig.**

**Wir werden später ausführliche Gegenpositionen formulieren, die der historischen Wahrheit in stärkerem Maße gerecht werden als das Magistrats-Papier. Hier wollen wir vorab auf einige Punkte eingehen, die ins Auge fallen.**

In der Magistratsbroschüre wird vom Landgrafen Philip notiert, dass er die "Reformation einführte". In der Tat war es Philip, der aus sehr egoistischen Gründen alle Bürger, ob sie wollten oder nicht, nach dem Grundsatz "cuius regio, eius religio" (wessen das Land, dessen

Die Stadtverordnetenversammlung hat meiner Meinung nach eine Chance verspielt. Hier wäre die Möglichkeit gewesen, die in den Haushaltsberatungen oft zitierten Schwerpunkt Kinder und Bildung praktisch umzusetzen. Natürlich ist die Finanzierung problematisch. Die Stadt müsste 4 Millionen Euro investieren. In Zeiten der Haushaltsprobleme sicher kritisch. Leider gibt man für Prestigeobjekte ein Vielfaches aus. Kostenlose Kinderbetreuung wäre eine echte Investition in die Zukunft gewesen. Aber den handelnden Personen fehlt es an Mut diesen Schritt zu gehen.

**Rainer Keil,  
DKP Darmstadt  
Stadtverordneter der  
PDS-DKP/OL**

die Religion) zwang, seinen Glauben anzunehmen. So sind die meisten Darmstädter bis heute evangelisch und die Dieburger, die bis 1803 zu Kurmainz gehörten, mussten katholisch bleiben. In der Broschüre nicht erwähnt ist die Tatsache, dass Landgraf Philip "der Großmütige" derjenige war, der in Thüringen 5000 Bauern hingschlachten und Thomas Münzer ermorden ließ.

In der Magistratsbroschüre wird von scheinbar Volkstümlichem wie dem Frankenstein-Eselstreiben und dem Beginn der "Parforcejagd" berichtet. Nicht erwähnt wird, wie durch Parforcejagden die Ernten der Bauern regelmäßig zerstört wurden und wie die Bauern zugleich gezwungen wurden, die Mittel für die Luxusbauten der Landgrafen aufzubringen.

In dem Faltblatt findet man nichts von der Revolution von 1848 und nichts zur Gründung von Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei.

Lapidar wird vermerkt, dass "1914 Darmstädter in den ersten Weltkrieg marschierten". Kamen die denn alle wieder zurück, und wie war das 1918? Gab es da nicht wieder eine Revolution? In der

## Kurz berichtet 1

### Hindenburgstraße umbenennen!

Die Hindenburgstraße soll nach dem in Darmstadt geborenen Hitlergegner Arvid Harnack umbenannt werden. Harnack gehörte der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“ an und wurde 1942 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Dieser Antrag wurde von unserer Stadtverordnetenfraktion im Ende November eingereicht und ist mittlerweile an den Beirat für Straßenbenennung verwiesen worden. Nach ersten Informationen will dieser Beirat erstmals Ende 2005 tagen. Dies ist uns verständlicherweise zu spät. Wir werden daher versuchen noch im ersten Vierteljahr eine Sitzung dieses Beirates zu erreichen. Es wäre ein deutliches Zeichen, wenn die Stadt Darmstadt eine positive Entscheidung noch vor dem dem 8. Mai 2005, dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, treffen würde.

Magistratsbroschüre wird diese Revolution genauso wie die von 1848 einfach übergangen. Passen die nicht ins Geschichtsbild des Magistrats?

Warum wird kein Wort zu den Massendemonstrationen gesagt, bei denen anlässlich der Ermordung Rathenaus Zehntausende Darmstädter sich zum Protest auf dem Marktplatz versammelten?

Zwar wird die Machtergreifung der Nazis erwähnt, nicht aber der Widerstand gegen das Regime. "1945: Amerikanische Soldaten besetzten Darmstadt" - sonst nichts? Wurde damit nicht auch dem NS-Spuk ein Ende gemacht?

Die Fraktion PDS/DKP-Offene Liste wird diese und damit zusammenhängende Fragen in einer kommenden Publikation aufgreifen. Wir werden die geschichtlichen Spuren derer suchen, für die der Verfassungsgrundsatz, die Macht habe vom Volk auszugehen, keine leere Phrase war und die sich denjenigen widersetzen, die die Volkssouveränität missachteten.

*Fortsetzung auf Seite 4...*



## Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2004

# Hartz IV und die Stadt Darmstadt

Am 16.12.2004 fand die letzte Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2004 statt. Da auch der städtische Haushalt debattiert wurde, begann diese Sitzung schon um 11 Uhr. Kurz vor Ende dieser Mammut Sitzung wurde gegen 21:30 Uhr noch unser Antrag zur Umsetzung von Hartz IV in Darmstadt diskutiert. Es waren drei Punkte, die wir beantragt hatten:

1. Langzeitarbeitslose, die ab 01.01.2005 Arbeitslosengeld II (ALG II) beziehen, können gezwungen werden, Arbeitsgelegenheiten für 1-2 Euro Stundenlohn anzunehmen. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt dies für alle städtischen Einrichtungen ab und fordert alle nichtstädtischen Einrichtungen in Darmstadt auf, keine solchen Arbeitsgelegenheiten einzurichten.

2. Die Stadt Darmstadt wird bei Empfängern von ALG II die Wohn- und Heizkosten komplett übernehmen, um Zwangsumsiedlungen zu vermeiden

3. Die Stadt Darmstadt wird die Kosten für die Krankenversicherung derjenigen Menschen übernehmen, die in Folge der Neuregelungen aus dem ALG II herausfallen und dann nicht mehr krankenversichert sind.

In der Antragsbegründung versuchte ich folgende Punkte klarzumachen: Mit Hartz IV wurde der größte Sozialraub in der Geschichte der BRD eingeleitet, mit Hartz IV wird kein neuer Arbeitsplatz geschaffen, im Gegenteil, gerade im sozialen und kommunalen Bereich werden Arbeitsplätze abgebaut.

Hartz IV bedeutet für viele Menschen auf Grund der Grenze für angemessenes Wohnen einen Umzug in eine billigere Wohnung. Erste Bescheide wurden bereits versandt (so wurde einem ehemaligen Arbeitslosenhilfebezieher wegen Überschreitung dieser Mietobergrenze um 1,53 Euro geraten sich eine billigere Wohnung zu suchen).

Dies wurde vom FDP- Stadtverordneten Mittmann (im Hauptberuf Leiter der Darmstädter Agentur für Arbeit) bestätigt.

Jochen Partsch, Grüne, begründete die Ablehnung unseres Antrages für die SPD/Grüne-

wie Tarifverträgen halten. Enttäuschend wie wenig transparent die in Darmstadt beschlossene Arbeitsgemeinschaft mit der Agentur für Arbeit umgesetzt wurde. Kaum Infos für Stadtverordnete, fehlender Finanzierungsplan



Foto: arbeiterfotografie.com

Koalition und tat sich sehr schwer damit. Er betonte, daß gerade die Darmstädter Grünen Probleme mit Hartz IV hätten, wiederholte aber in Folge die unsäglichen Argumente für Hartz IV (Menschen müssten wieder an Arbeit „herangeführt werden“, usw.).

Für unseren Antrag stimmte noch die Fraktion UFFBASSE, Offenes Darmstadt enthielt sich.

Diesem Antrag wurde also das selbe Schicksal zu Teil wie seinem Vorgängerantrag im Sommer, jedem Bezieher von ALG II, der länger als drei Monate bei der Stadt beschäftigt wird einen festen, tarifierten Arbeitsplatz anzubieten. Gerade Vertreter der Sozialdemokratie bezeichneten eine solche Forderung als unrealistisch und nicht finanzierbar. Sie machten damit eindrucksvoll deutlich, was sie von solchen Errungenschaften

und ungeklärte Detailfragen.

Lesern des Darmstädter Echo wurde unser Antrag und die Diskussion dazu (wie fast immer bei Initiativen oder Anträgen unserer Fraktion) vorenthalten.

Hartz IV ist nur der Anfang. Ab 1.1.2005 wird sich für viele Menschen, nicht nur in Darmstadt, die Situation weiter zuspitzen. Es wird wichtig sein, die Auswirkungen von Hartz IV (und den nachfolgenden „Reformen“) gerade kommunalpolitisch als das zu brandmarken, was sie letztendlich sind: als Verletzung der Menschenwürde.

**Rainer Keil,**  
**DKP Darmstadt**  
**Stadtverordneter der**  
**PDS-DKP/OL**

## Städtische Planung...

# Gebäudeabriss Lichtenbergstraße 73A

In seiner Hochglanzbroschüre "Sanierung Martinsviertel N66/23.09" stellt der Magistrat der Stadt Darmstadt die Ziele der Neuordnung des Martinsviertels in den Vordergrund: "Verbesserung der Wohnqualität und des Wohnumfeldes ... Gebäudesanierungen mit der dazugehörigen Sozialplanung...



Neben der gründerzeitlichen Blockrandbebauung soll auch die [...] typische Vorgartenzone in der [...] Lichtenbergstraße erhalten und gesichert werden". Im nördlichen Bereich des fraglichen Gebiets werden Mängel ausgemacht: Hohe Bebauungsdichte, Beeinträchtigung von Wohn- und Freiraumqualität, das Gebäude Lichtenbergstraße 73A mit sechs Wohneinheiten befände sich in schlechtem Zustand. - Der Abriss eben dieses Hauses wird als wesentliches Element des vorgelegten Bebauungsplanes vorgeschlagen. Allen interessierten Bürgern wird dabei Beteiligung an der Planung angeboten, "Wir hoffen, dass wir Sie [...] dazu anregen konnten, sich an der Planung [...] Ihres Blocks aktiv zu beteiligen". Für die direkt betroffenen Menschen sollen individuelle Lösungen gesucht werden. Speziell an die Adresse der Bewohner Lichtenbergstraße 73A geht die Zusicherung, dass niemand durch die Sanierung aus

dem Stadtteil vertrieben werden solle, vorhandene soziale Beziehungen sollen erhalten bleiben, Verlust von vertrauter Umgebung und nachbarschaftlicher Kontakte solle vermieden werden. - "Für weitere Auskünfte [...] und Anregungen wenden Sie sich bitte an..."

## ...und soziale Wirklichkeit

Fast alle Bewohner des Hauses Lichtenbergstraße 73A leben seit Jahrzehnten in ihrem Haus. Sie pflegen das Haus und halten es mit eigener Arbeit und eigenen Mitteln so gut sie können instand. Dass der schöne Weinbewuchs der Fassade von einiger Zeit entfernt wurde, bedauern sie...

Die Mietwohnungen des Hauses Lichtenbergstraße 73 A sind in gewisser Weise sehr privilegiert, sie sind zentral gelegen und absolut ruhig. Sie sind eigentlich "unbezahlbar" und sind dennoch billig, und nun sollen sie weg.

Billigen Wohnraum benötigen die Menschen in diesem Haus, denn keiner von ihnen gehört zu den privilegierten Bürgern der Stadt. Die soziale Situation der Bewohner ist nicht einfach, ist aber derzeit stabil. Die betroffenen Menschen leben (noch) aus eigener Kraft. Aber die Situation der Menschen verträgt wenig Störung. Ein Abriss ihres Hauses mit all den absehbaren Konsequenzen ginge den Hausbewohnern ganz elementar an die Existenz.

Im Gespräch mit der Stadt erleben die Betroffenen eine andere Wirklichkeit als aus der Hochglanzbroschüre, nüchtern, prosaisch: Der Abriss des Hauses sei alternativlos, sie mögen doch zustimmen, eine eventuelle Totalsanierung sei für die Betroffenen erst recht unbezahlbar... Von den Amtspersonen wird es sicherlich nicht so gemeint sein, aber die Betroffenen fühlen sich eingeschüchtert, sie sind ökonomisch wehrlos und sehen sich unter beängstigendem Druck.

Bis in die jüngste Vergangenheit hatte die Stadt Geld übrig für das

Haus in der Lichtenbergstraße und renovierte dort Wohnungen. Aber damit soll es anscheinend vorbei sein. In der heutigen Zeit der Logik der Rendite des Kapitals ist für ein Haus wie dieses kein Platz. Zwar ist das Haus intakt, aber es ist billig und renditemäßig bringt es nur geringen Ertrag. Für die dort lebenden Menschen ist es jedoch das einzige Haus, das sie haben, es ist bezahlbar für sie, und eigentlich, schaut man genauer, ist das Haus schön. - Man möchte den Menschen dort wünschen, dass man ihre Wünsche und ihre Bedürfnisse achtet und dass man ihnen ihr Haus lässt.

**Herwig Meyer**  
**PDS Darmstadt**  
**Mitarbeiter in der**  
**Stadtverordnetenfraktion**  
**der PDS/DKP OL**



..Fortsetzung von Seite 2 "675 Jahre.."

Wir werden zeigen, dass es in der Geschichte Darmstadts Spuren des Kampfes um Demokratie und soziale Gerechtigkeit gibt.

Wir werden an den Widerstandskämpfer Konrad Weigel erinnern, der im Fröba-Prozess von der Nazi-Justiz zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, der nach dem Kriege das Wirtschaftsamt leitete und 1950 von Oberbürgermeister Metzger unter fragwürdigen Umständen entlassen wurde.

Wir werden uns auch die Frage erlauben, ob der frühere Oberbürgermeister Ludwig Metzger Ehrenbürger der Stadt Darmstadt sein kann und ob er der Sparkasse als Namensgeber eines Preises dienen sollte.

**Heinz Schäfer**  
**PDS Darmstadt**  
**Mitarbeiter in der**  
**Stadtverordnetenfraktion**  
**der PDS/DKP OL**



# Nein zur Nordost-Umgehung!

Die Stadtverordnetenfraktion der PDS-DKP/Offene Liste lehnt die NO-Umgehung ab, weil...

...die damit verbundenen Kosten für Bau und Unterhaltung mit der Notlage von Stadt und Land nicht zu vereinbaren sind. Wir halten es für wichtiger, Schulen zu sanieren und z.B. die Schuldnerberatung weiter zu finanzieren.

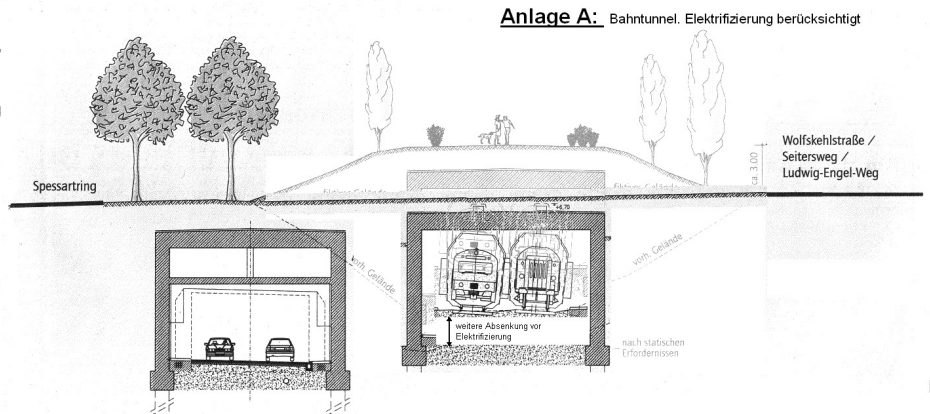
...sie nicht den Zielen des Klimaschutzes entspricht. Sie widerspricht dem Grundsatz „global denken lokal handeln“.

...sie keine fortschrittliche Verkehrspolitik darstellt. Einerseits hat die Deutsche Bahn den Güterverkehr auf der Odenwaldbahn eingestellt, andererseits werden dem Lkw-Verkehr Straßen gegeben.

...Stadtlandschaft an zum Teil sensiblen Stellen verbraucht wird, ohne dass ein Bürger Darmstadts daraus Nutzen zöge.

...nicht zu erkennen ist, dass die Innenstadt wesentlich entlastet werden wird. Für den nächtlichen Lkw-Verkehr ist die Umgehung ein lästiger, aber unbedeutender Umweg.

...die Vorgehensweise bei der Durchsetzung der Planung nicht ehrlich ist. Dies lässt sich in mehreren Punkten nachweisen:



Weiterführung ist die NO-Umgehung aber ein Torso.

- Als wichtiger Grund für die NO-Umgehung wird genannt, dass dann ein nächtliches Durchfahrtsverbot für Lkw in der Innenstadt möglich sei. Das ist ein Versprechen gegen die bestehende Gesetzeslage und damit wider besseres Wissen !.

- Der städtische Etat wird auf immer mit weiteren Instandhaltungskosten belastet. Die sind für Tunnelbauten besonders groß. Der Wilhelminentunnel ist seit letztem Jahr Dauerbaustelle, weil ständig seine Fugen auszubessern sind.

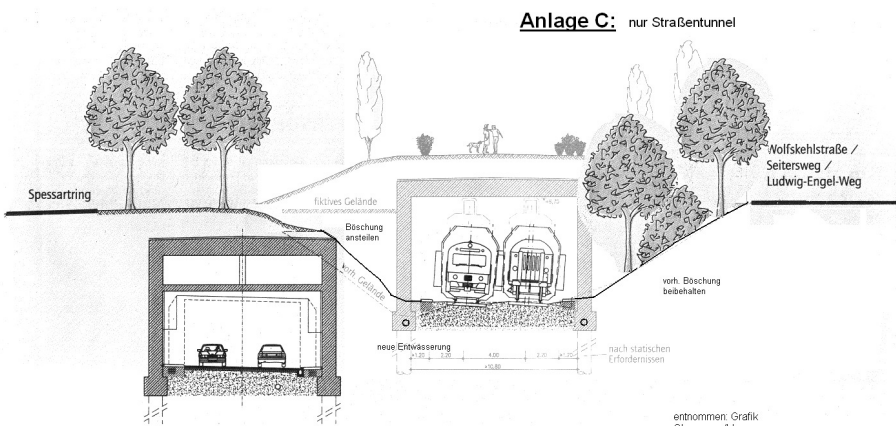
- Es wird schamhaft verschwiegen, dass die Weiterführung der B

genheit. Der Stau würde nur aus dem Wald in die Stadt verlegt. Die Busse aus dem Landkreis würden mit im Stau stecken.

- In Nachbarschaft und Öffentlichkeit wurden Bedenken erhoben gegen eine wesentliche Verbreiterung der Verkehrsschneise hinter Darmstadts Stadtkrone, der Mathildenhöhe. Das Planungsdezernat hat deswegen eine zusätzliche Untersuchung in Auftrag gegeben. Es ist offensichtlich, dass die Umgehung hinter der Mathildenhöhe im Tunnel verlaufen könnte. Der Magistrat hat einen Tunnel in diesem Bereich aber vorschnell verworfen.

**Wenn politische Entschlusskraft demonstriert werden soll, ist die Nordost-Umgehung das denkbar schlechteste Objekt hierfür. Statt den Maut sparenden Spediteuren neue Wege zu bahnen, sollten die Stadttore den Pendlern weit geöffnet werden, wenn sie Busse und Bahnen nutzen. Dringlich ist es, endlich einen Haltepunkt „Lichtwiese“ an der Odenwaldbahn zu bauen.**

**Werner Krone  
DKP Darmstadt  
Mitarbeiter in der  
Stadtverordnetenfraktion  
der PDS/DKP OL**



- Die notwendige Weiterführung ab Martin-Luther-King-Ring wird „vergessen“, die Kosten hierfür werden nicht beziffert. Ohne die

26 mit allen vier Spuren bis zum Ostbahnhof geplant ist. Dies widerspräche eklatant den politischen Beschlüssen der Vergan-

**unsere Anträge im Internet:  
www.pds-dkp-old.de**

Konrad Weigel

# Reverenz für einen Darmstädter Antifaschisten

Als am 8. Mai 1945 das Hitler-Regime vor den Alliierten kapitulierte, war dies auch das Ende des Zuchthausaufenthaltes für Konrad Weigel.

Er wurde mit vielen anderen befreit, die wie er in Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Zwangsarbeitslagern dahingeführt wurden.

Obwohl viele es damals nicht wahrnehmen wollten und auch heute einige Unverbesserliche sich weigern es wahrzunehmen, es war ein Tag der Befreiung.

**Befreit wurden die Völker Europas vom Krieg, vom Rasenwahn und von den Weltherrschaftsplänen des deutschen Faschismus.**

Weigel war 1944 vom nazistischen Volksgerichtshof im Fröba-Prozess zusammen mit anderen, so auch Hans Fillsack, Karl Heß, Michel Weis zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Aus dem Zuchthaus kommend stellt er sich sofort dem Wiederaufbau seiner Heimatstadt zur Verfügung und übernahm die schwierige Aufgabe, das Wirtschaftsamt zu leiten, und wurde später in die Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Aber auch in Darmstadt zeigten sich bald die Folgen des kalten Krieges. Wer sich gegen die amerikanische Politik stellte, wurde verfolgt, so auch der Vater des Oberbürgermeisters Peter Benz, Heinrich Benz, der 1950, weil er ein Plakat gegen den amerikanischen Krieg in Korea geklebt hatte, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

Am 10. September wollte ein Komitee anlässlich des sechsten Jahrestages der Zerstörung Darmstadt der Opfer des Krieges und des Naziterrors gedenken. Konrad Weigel sollte im Auftrag der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes einen Kranz niederlegen.

Von dem Verbot der Kundgebung konnte Weigel nichts erfahren haben, weil die VVN, wie ihr Vorsitzender, Hans Fillsack, der Polizei gegenüber erklärt hatte,



überhaupt nicht in der Lage sei, die Mitglieder von dem Verbot zu unterrichten und deshalb jede Verantwortung für die Folgen des Verbots ablehnen musste.

Weigel war städtischer Angestellter, und Oberbürgermeister Metzger hatte schon am Tag nach der Kundgebung bei der Arbeitnehmervertretung die Entlassung Weigels beantragt, und das, ohne mit Weigel auch nur ein Wort gewechselt zu haben und ohne auch nur den Versuch unternommen zu haben, der Polizei oder Konrad Weigel das Ohr zu leihen. Diese widersprach. Nach einem sich lange hinziehenden Rechtsstreit wurde Weigel zu einer Geldstrafe von 30 DM verurteilt.

Aber die Entlassung Weigels war schon lange vorher vollzogen worden und er musste, bis er von dem im Fröba-Prozess mit angeklagten Karl Heß wieder beschäftigt wurde, zusammen mit seiner Frau von einem kärglichen Einkommen leben.

**Es ist aus heutiger Sicht unzweifelhaft, dass Konrad Weigel Unrecht geschah. Da er 1973 starb, kann dies an ihm nicht mehr persönlich korrigiert werden, aber die Stadtverordnetenversammlung sollte den 60. Jahrestag der Befreiung von der Nazi-Diktatur zum Anlass nehmen, um seinem ehemaligen Mitglied posthum die notwendige Reverenz zu erweisen. Sie sollte seinen Widerstand gegen die Nazibarbarei würdigen und die an ihm vollzogene Entlassung bedauern.**

## „Papierlose“

Es gibt zur Zeit keine offizielle Statistik über die Anzahl von Menschen ohne jeglichen ausländerrechtlichen Aufenthaltsstatus. Es dürfte aber auch hier in Darmstadt zahlreiche so genannte „Papierlose“ geben.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. Sie reichen von Schutzlücken für bestimmte Flüchtlingsgruppen über Regelungen des Ausländergesetzes, die Menschen in die Illegalität drängen, bis hin zu fehlenden Möglichkeiten legaler Zuwanderung. Prekäre Einwanderer sind längst Teil unserer Stadt. Wer heute aber mit befristetem Aufenthaltstitel oder gar nur mit Duldung lebt, befindet sich unter dem ständigen Druck, völlig rechtlos zu werden. Wer schon „ohne Papiere“ ist, lebt praktisch vogelfrei.

Von der Stadt Darmstadt sind bisher besondere Hilfen für Menschen ohne Aufenthaltspapiere nicht vorgesehen.

Andere Kommunen gehen beispielhaft vor, die Städte Freiburg und München wollen ihren kommunalen Spielraum zugunsten illegalisierter Menschen ausschöpfen und den Zugang zum Gesundheits- und Bildungswesen erleichtern.

Wir finden das vorbildlich und möchten, dass sich auch die Darmstädter Kommunalpolitik in diese Richtung bewegt. Ein entsprechender Antrag wurde im Ausschuss Gleichstellung und interkulturelle Fragen eingebracht und diskutiert. Eine von uns geforderte Studie war nicht mehrheitsfähig. Beschlossen wurde folgendes:

**Der Magistrat wird beauftragt,**

1. in Abstimmung mit dem Ausländerbeirat über die Situation illegalisierter oder von Illegalisierung bedrohter Menschen zu berichten,
2. zu prüfen, ob die gesundheitliche Grundversorgung von hier illegal lebenden Kindern und Jugendlichen gewährleistet ist,
3. zu prüfen, ob Möglichkeiten bestehen, dass hier illegal lebende Kinder und Jugendliche Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Grundschulen und weiterführende Schulen) besuchen können."



**Cross-Border-Leasing**

# Antrag nicht zugelassen

Unsere Stadtverordnetenfraktion hatte fristgerecht einen Antrag zum Thema „Cross-Border-Leasing“ zur Beratung in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

Hintergrund war das vom US-Kongreß Ende Juni 2004 beschlossene Steueränderungsgesetz. Künftige Cross-Border-Leasing-Geschäfte sind damit faktisch tot.

Dieses Abstimmungsergebnis im US-Parlament verhindert nicht nur zukünftige Gesetzesänderungen, sondern bedeutet auch das faktische Aus für laufende CBL-Verträge, da der Steuervorteil der in solchen Geschäften aktiven Investoren sich in Luft aufgelöst hat. Nach dieser Entscheidung könnten auch massive Risiken auf die an CBL beteiligten deutschen Kommunen zukommen. Offen bleibt jedoch, welche Konsequenzen für Altverträge entstehen. Arnd Bühner vom Wirtschaftsprüfkon-

zern Ernst & Young versicherte in den Nürnberger Nachrichten, dass diejenigen Städte nicht bedroht seien, die ihre Verträge sauber abgeschlossen hätten und kontrollieren würden. Dazu gehöre zum Beispiel jedes Jahr ein genauer Bericht über Wert- oder Bauveränderungen. Es sei zu befürchten, so Bühner weiter, dass der „steuerlich frustrierte amerikanische Partner dem deutschen Partner einen Vertragsverstoß nachzuweisen“ versucht.

Bekannterweise wurde schon im Jahr 1998 von der städtischen Heag die Darmstädter Straßenbahnen durch einen solchen Vertrag verkauft und wieder zurück geleast.

Unsere damalige Forderung war, die gewählten Darmstädter Stadtverordneten über die Gesetzesänderung in den USA zu informieren und den Magistrat mit Ermittlungen über die Auswirkungen auf den CBL-Vertrag zu beauftragen.

Stadtverordnetenvorsteher Kurt Weidmann erklärte die Stadtverordnetenversammlung jedoch für nicht zuständig und setzte den Antrag von der Tagesordnung ab.

Wie schon in Vergangenheit verschanzen sich die Verantwortlichen im Magistrat hinter formalen Regelungen. Und dies obwohl Spitzenpolitiker aller etablierten Parteien in Vorstand und Aufsichtsrat des Unternehmens vertreten sind.

Was bleibt sind Fragen. Der ÖPNV gehört zu kommunalen Daseinsvorsorge. Eventuelle Auswirkungen der Gesetzesänderungen in den USA werden letztlich von allen Bürgerinnen und Bürgern zu tragen sein. Hier wäre also Offenheit und Klarheit notwendiger als das andauernde Verschanzen hinter dem Aktienrecht.



## Lesung und Diskussion mit Hannes Heer

Vom Verschwinden der Täter:

Die Suche der Deutschen nach einer passenden Vergangenheit

Dienstag, den 26. April 2005

19:00 Uhr

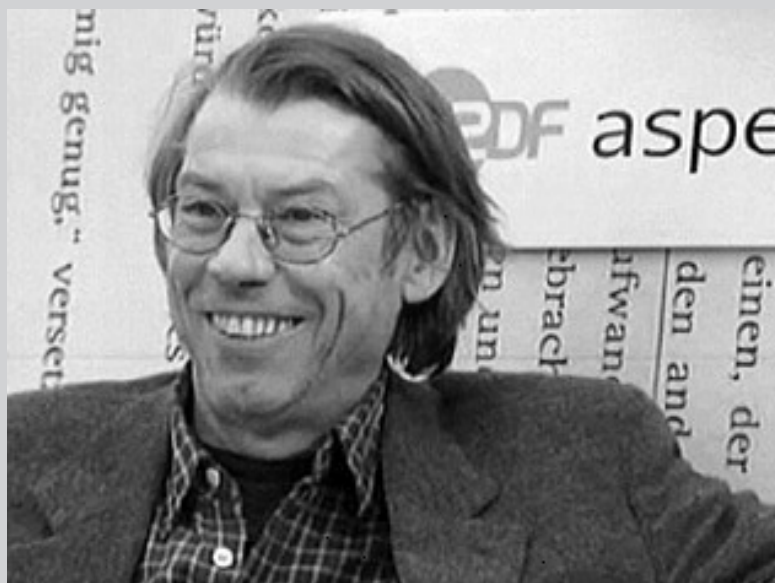
Justus-Liebig-Haus Darmstadt

Große Bachgasse 2

Raum „Wintergarten“

Hannes Heer, geb. 1941, Historiker und Filmregisseur, bis Juni 1999 Leiter der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich »Theorie und Geschichte der Gewalt« von März 1993 bis Dezember 2000. Hannes Heer analysiert anhand der Geschichte der Wehrmachtausstellung und anderer Beispiele das Phänomen, wie die Frage nach der Mitverantwortung der deutschen Soldaten an den NS-Verbrechen privat und öffentlich ausgeblendet wird.

Eintritt 3,- Euro



## 140 Jahre Bauverein Ein Grund zum Feiern?



Am 16. Oktober 1864 wurde der „Bauverein für Arbeiterwohnungen“ in Darmstadt gegründet. Eine sozialpolitische Aufgabe sollte durch diesen Verein mit gelöst werden: „Dem Wohnungselend der Arbeiterklasse“ sollte „begegnet werden können“.

Dieser Aufgabe wurde sich auch gestellt und im Jahr 1939, dem Jahr des Beginns des Zweiten Weltkrieges, erwarb die Stadt alle Aktien des Bauvereins. „Damit wird die Gesellschaft Tochter im städtischen Gefüge.“

Diese geschichtlichen Erkenntnisse entnehme ich einem Hochglanzkalender für das Jahr 2005 („140 Jahre Bauen für Darmstadt Impressionen einer Ausstellung“) gewonnen.

Eine feine Sache, sofern man nur den groben geschichtlichen Abriss betrachtet! Obwohl ich persönlich erst seit 1996 in einer Wohnung des Bauvereins Darmstadt wohne, möchte ich mir einige Fragen zu Problemen erlauben, die finanzielle Belastungen für die Mieter mit sich bringen und die deswegen öffentliche Beachtung verdienen.

1. Wer hat die hohen finanziellen Verluste z. Bsp. in Freiberg zu verantworten und wer trägt die Kosten?

2. Warum prozessierte der Bauverein in der Vergangenheit so oft mit negativen Ausgang? Sind es

falsche Anwälte oder ist es vielmehr Überheblichkeit? Werden die Kosten von der Vorstandsetage beglichen, oder tragen nicht vielmehr die Mieter die Kosten?

3. Warum wird nicht auf Hinweise von Mietern reagiert, die bauliche Mängel nach „durchgeführten Reparaturen“ beanstanden und den Bauverein auf die Gewährleistungsfristen verweisen? Nacharbeiten werden erneut von Mietern beanstandet, aber selbst persönliche Anschreiben an Dr. Braun, Vorstandsvorsitzender des Bauvereins, werden nicht beantwortet!

Nach der Umstrukturierung und dem Umzug in die „gläsernen Büros“ wird man am Telefon immer und immer wieder in die Warteschleife geschickt, bis man schließlich entnervt aufgibt. Offenheit für die Mieter sollte anders aussehen!

Natürlich ist Profit- und Gewinnerzielung die Aufgabe von Aktiengesellschaften!

Da aber die Kommune bereits 1939 Alleinaktionär wurde, sollte sich der heutige Vorstand Gedanken machen, wie der Bauverein wieder zu den ursprünglichen Zielen, dem sozialen Wohnungsbau, zurückfinden kann! Seit Jahren scheint diese Aufgabe nicht mehr im Zentrum zu stehen.

Ich möchte betonen, dass auch die Mieter vom Bauverein Wähler sind, und die werden bei den bevorstehenden OB-Wahlen, bei den Kommunalwahlen und bei weiteren Entscheidungen genau darauf achten, ob sie sich weiterhin

vom „rot-grünen Filz“ und „schwarz-gelben Fähnchenhaltern“ hinters Licht führen lassen wollen oder ob sie ihre Stimme nicht lieber echten Alternativen geben sollten!

**Siegfried Oettmeier**  
**PDS Darmstadt**  
**Mitarbeiter in der**  
**Stadtverordnetenfraktion**  
**der PDS/DKP OL**

...Fortsetzung von Seite 1 „Liebe...“

*Jahre hin gestreckt, das Kinder- und Jugendheim Waldeck wird geschlossen, die Werkstätte für Behinderte wird in einen Eigenbetrieb umgewandelt. Das Projekt flexible Öffnungszeiten in Kitas wird wohl auch in naher Zukunft nicht auf alle Einrichtungen ausgeweitet. Ein Antrag unserer Fraktion wurde im Sozialausschuß abgelehnt. Geplant ist in diesem Jahr auch eine Ausgliederung der Gebäudewirtschaft mit dem Ziel der Bildung eines Eigenbetriebes. Privatisierung auf Raten. Auf der Strecke bleiben die Einflussmöglichkeiten der gewählten Stadtverordneten.*

*Die Oppositionsparteien CDU und FDP betreiben eine halbherzige Politik. Bei den Prestigeobjekten sind sie mit im Boot (und auch in den Vorständen und Aufsichtsräten), gefordert werden weitere Privatisierungen und Personalkürzungen bis hin zu Schließungsvorschlägen ganzer Einrichtungen (die FDP forderte allen Ernstes bei den Haushaltsberatungen die ersatzlose Streichung der Familienbildungsstätte).*

*Die Haushaltsprobleme der Kommunen sind sicher nicht in Darmstadt zu lösen. Man kann eben keine vernünftige Gemeindefinanzreform auf den Weg bringen, wenn die aktuelle Bundesregierung weiter von unten nach oben umverteilt. Abhängig Beschäftigte und Erwerbslose werden belastet, Konzerne und Unternehmen müssen keine Steuern mehr bezahlen. Kommunen sollen dann den Mangel verwalten.*

*Wir werden uns diesem Sachzwang nicht beugen. Wir wollen andere Schwerpunkte in Darmstadt: mehr Geld für Kinder, Schule und Bildung. Schulsozialarbeit und Schuldnerberatung sind wichtiger als ein Wissenschafts- und Kongreßzentrum!*

**Ihr**  
**Rainer Keil**

**PDS-DKP/Offene Liste**  
**Darmstadt**  
**im Internet**  
**[www.pds-dkp-old.de](http://www.pds-dkp-old.de)**

### Ich habe Interesse an der PDS-DKP/OL

Name:....., Vorname:.....

Straße:....., PLZ, Ort:.....

Tel.:.....

E-Mail:.....

Ich möchte zu Treffen eingeladen werden

Ich möchte regelmäßig Infos per Post , per Mail

**PDS - DKP/Offene Liste**  
**Stadtverordnetenfraktion**  
c/o Rainer Keil,  
Heinrich-Fulda-Weg 13,  
64289 Darmstadt  
Tel.:06151-66 90 310,  
Fax: 06151-66 90 533  
E-Mail: [info@pds-dkp-old.de](mailto:info@pds-dkp-old.de)